



Behinderteninitiative verzeichnet mehr Beschwerden über Zustände in Pflegeheimen und den Psychiatrien

Sozialberater: "Interessen behinderter Menschen müssen im stationären Bereich besser geschützt werden!"

Diese Feststellung unterstreicht der Leiter des ehrenamtlichen Angebots, Dennis Riehle, den allein in den vergangenen drei Monaten 27 Nachrichten von Betroffenen und Angehörigen erreichten, die sich nach Möglichkeiten erkundigten, gegen Missstände entsprechend vorzugehen und passende Aufsichtsbehörden einzuschalten: "Oftmals geht es um Bevormundung der behinderten Menschen, denen soziale Leistungen oder pflegerische Betreuung verwehrt oder nur in unzureichender Weise zur Verfügung gestellt werden. Aber auch das Thema der Zwangsmedikation taucht immer wieder auf und beschäftigt uns gerade im Blick auf manch eine psychiatrische Klinik sehr. Die Bedürfnisse und Interessen dieser Personen werden oftmals völlig vernachlässigt. Und nicht zuletzt gibt es immer wieder Grund, von einer strukturellen Diskriminierung zu sprechen - gerade dann, wenn zum Beispiel keinerlei Anstrengung unternommen wird, die Patienten zu fördern. Nicht selten kommt die Unterbringung in einer stationären Einrichtung dann einer Verwahrung gleich. Ruhigstellung und möglichst wenig Aufwand mit ihrer Versorgung sind dabei inbegriffen".

Häufig habe diese Situation etwas mit der Personalnot in Heimen und Psychiatrien zu tun: "Es bleibt einfach keine Zeit, sich mit dem einzelnen Individuum auseinanderzusetzen. Dabei haben behinderte Menschen Anspruch darauf, dass sie adäquat therapiert und nicht wie eine Ware behandelt werden. Besonders, wenn Betroffene ihre Wünsche nicht mehr ausreichend artikulieren oder den Pflegekräften mitteilen können, stellt sich die Lage als schwierig dar. Denn proaktives Handeln der Beschäftigten in diesen Häusern sehen wir nicht allzu oft. Da wird eher der Weg des geringsten Widerstandes gegangen. Und das gilt vor allem, wenn es keinerlei Angehörigen oder Bezugspersonen mehr gibt, die sich stellvertretend für ihre Nächsten einsetzen. Der Anspruch auf eine rechtliche Betreuung ist vielen behinderten Menschen in Heimen und Psychiatrien nicht genügend bekannt, sodass sie meist niemanden haben, der für sie repräsentativ eintritt oder sich für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen einsetzt. Assistenzleistungen werden nicht bewilligt, niemand findet sich, entsprechende Anträge zu stellen. Viele Heime und Kliniken sind einfach überfordert und am Limit ihrer Kräfte. Ich will niemandem Absicht oder Böswilligkeit unterstellen. Der Aufwand, neben der Unterbringung und einer grundlegenden Versorgung auch noch psychosoziale Unterstützung zu leisten und auf jedes Anliegen einzugehen, dafür fehlt es an Ressourcen und Geduld. Viele Betroffene hätten zudem ein Recht auf mehr Sozialleistungen, Nachteilsausgleiche, pflegerische und Existenzleistungen für die Zeit der stationären Unterbringung. Würden diese auch genutzt, käme das auch den Einrichtungen zugute", so der Sozialberater.

Riehle erklärt außerdem, dass viele Betroffene nicht über ihre Rechte Bescheid wüssten: "Da lassen leider viele Menschen Dinge über sich geschehen, die man eigentlich nicht erdulden muss. Gerade als Person mit Handicap steht man unter einem besonderen Schutz unserer Verfassung. Ich will nicht Einzelfälle an Misshandlungen pauschalisieren, aber es gibt immer wieder Berichte von Zuständen, die man sich in Deutschland eigentlich nicht vorstellen kann. Da werden nicht nur Rechte vorenthalten, sondern es findet gezielte Entwürdigung von Menschen statt. Und wenn es niemanden gibt, der beim Patientenvertreter, beim Behindertenbeauftragten oder der entsprechenden Kommunal- oder Landesbehörde darauf aufmerksam macht, wer soll dann derartige Probleme aufdecken?". Riehle fordert mehr und öfter unangekündigte Visiten der zuständigen Aufsichtskommissionen, aber auch aufsuchende Arbeit der jeweiligen Heimführer: "Sie müssen sich regelmäßig bei den Menschen erkundigen, ob alles in Ordnung ist und unabhängige und beratende Unterstützung leisten. Dafür bedarf es angemessener Aufwandsentschädigungen für dieses wichtige Ehrenamt". Gleichzeitig müssten Schiedsstellen gestärkt werden, um Konflikte zwischen Heimbewohnern und der Einrichtungsleitung möglichst konstruktiv, lösungsorientiert und zielführend zu moderieren: "Wer nicht mehr oder vorübergehend kaum noch in der Position ist, seine Interessen zu verteidigen, muss Anspruch auf ein geregeltes Verfahren haben, das im Zweifel begangene Fehler benennt und die Mangelsituation beseitigt. Gerade hilflose und schwer beeinträchtigte Menschen brauchen eine Stimme", so der Psychologische Berater abschließend.

Die Beratung mit Handicap ist bundesweit kostenlos für jeden unter www.beratung-mit-handicap.de erreichbar.

Hinweis: Diese Pressemitteilung darf - auch auszugsweise - unter Wahrung des Sinngehalts und Erwähnung des Urhebers verwendet werden.

Pressekontakt

Beratung mit Handicap

Herr Dennis Riehle
Martin-Schleyer-Str. 27
78465 Konstanz

<https://beratung-mit-handicap.de>
post@beratung-mit-handicap.de

Firmenkontakt

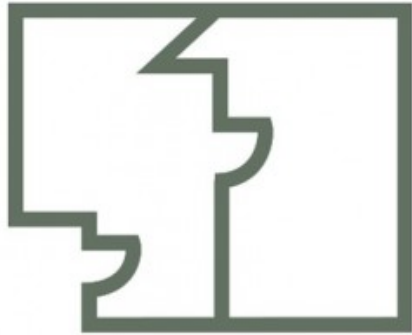
Ehrenamtliche Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Dennis Riehle

Herr Dennis Riehle
Martin-Schleyer-Str. 27
78465 Konstanz

<https://presse-riehle.de>
info@presse-riehle.de

Das Büro für ehrenamtliche Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bietet Vereinen und Initiativen kostenlose Unterstützung in der PR. Leiter des Angebots ist Journalist Dennis Riehle, der als PR-Fachkraft und Kommunikationsberater ausgebildet ist. Er unterstützt gemeinnützige Organisationen seit 2015 in der Medienarbeit.

Anlage: Bild



Beratung mit **Handicap**

Anlaufstelle für Menschen
mit Behinderung